Bürgerverein Heuchelhof 8.10.2014

Bürgerstimme Nr. 22 zum A3-Würzburg-Tunnel

"Massenbewegung für die A3"

Am Samstag, 4.10.2014 erschien in der Würzburger Presse ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "Massenbewegung für die A3". An was denken Sie da? - Falsch! Der Bürgerentscheid am 13.April zeigte eine Mehrheit von 68% gegen die amtliche Ausbauplanung der A3 in Würzburg. Und nach dem, was man inzwischen hört und sieht, dürfte die Mehrheit noch größer geworden sein.

In diesem Artikel wird Jens Ehmke, der Leiter der Würzburger Dienststelle der Autobahndirektion Nordbayern zitiert mit der Aussage "Durch verschiedene andere Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke will man erreichen, dass künftig statt 1000 Gebäuden nur noch 16 von der Überschreitung der Grenzwerte betroffen sind". Leider vergaß er hinzuzufügen, dass die Lärmschutzwände nur für naheliegende Gebäude eine Verbesserung bewirken können. Für 5000 andere Gebäude wird es aber wohl lauter werden, wenn das Fahrzeugaufkommen steigt. Denn die Geräuschdämpfung durch fahrbahnbegleitende Gehölze wurde gerade beseitigt, und die weiter entfernt wohnenden Bürger leiden unter den Reflexionen an harten Wänden und den Grenzflächen unterschiedlich schwerer Luftschichten.

Brückenauflager können zusätzlich lästig werden. Es gibt da unterschiedliche Konstruktionen. Von einem Nachweis, dass die inzwischen gewählte Konstruktion der Heidingsfelder Talbrücke diesen Mangel der vorhandenen Brücke vermeidet, konnten wir in der Zeitung bisher leider noch nichts lesen.

"Die jetzige Brücke wird die geplante Bauzeit (der neuen nördlichen Brückenhälfte) bis Ende 2016 wohl gerade noch überstehen" wird Ehmke im gleichen Artikel zitiert. Am 7.10.2014 legte die Zeitung in dem Artikel " Schlachtfeld Autobahn?" nach: Kommentatoren (im Internet) diskutierten, steht dort geschrieben, dass der Autobahnverkehr im schlimmsten Fall durch die Stadt ausweichen müsse, sollte die Umweltinitiative einen Baustopp für die derzeitige Trasse erzwingen.

Die Vertreter des Bürgervereins haben bei einem Informationsaustausch am 5.8.2011 in Nürnberg die Auskunft erhalten, dass sich die Talbrücke in einem relativ guten Zustand befindet. Wir meinen, die Sprecher der Autobahndirektion sollten es unterlassen, Gerüchte zu schüren, oder aber sie sollten es beweisen, wenn es ein Zeitproblem mit der vorhandenen Brücke gibt.

Am 9.8.2014 haben die Sprecherinnen der Umweltinitiative dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann anlässlich der Schlussetappe der BR-Radltour einen "Bocksbeutel mit dem letzten Wein des für den A3-Trog gerodeten Weinbergs vom Heidingsfelder Katzenberg" überreicht und die Zusage für einen persönlichen Gesprächstermin über den umstrittenen A3-Ausbau erhalten.

Die Autobahndirektion Nordbayern untersteht der bayerischen Obersten Baubehörde, und diese wieder dem Innenminister. Ebenfalls dem Innenminister untersteht die Regierung von Unterfranken, die die A3-Ausbau-Pläne geprüft und genehmigt hat. (Bei der Regierung liegt übrigens seit Anfang des Jahres unbeantwortet der Antrag der Umweltinitiative auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses). Bezahlt wird der Ausbau von der Bundesrepublik Deutschland. Bayern muss sich die Mittel aus dem Bundeshaushalt genehmigen lassen, genießt aber offenbar große Freiheiten in der Verteilung dieser Mittel.

Der Gesprächstermin mit dem Innenminister, vereinbart zum 1. September, wurde wieder abgesagt, fand aber dann doch endlich am 3.10.2014 statt, in der Gaststätte des SV Heidingsfeld an den Herieden. Es war die erste direkte Konfrontation des Innenministers mit dem Ort und mit den Bürgern in diesem Streit. Die an ihn gerichteten früheren schriftlichen Bitten um Realisierung des Würzburg-Tunnels waren bisher immer abgelehnt worden. In den Antwortschreiben war regelmäßig

die einseitige Argumentation der Autobahnplaner für ihr Projekt erkennbar gewesen. Über das Ergebnis des Gesprächs am 3.10.2014 berichtet der Mainfrankenkurier in einem eigenen Artikel aus der Feder der Beteiligten. Was das Gespräch bewirken wird, ob weitere Schlachten (um die Ausdrucksweise der Würzburger Presse einmal zu benutzen) bevorstehen, oder ob der Dialog endlich versachlicht wird, das wissen wir noch nicht.

Ein guter Ansatz im Sinne von echter Bürgerbeteiligung, und zum Abbau der Konfrontation, wäre der Tunneldialog, wie ihn Fraunhofer UMSICHT in Schwäbisch Gmünd durchgeführt hat, und zwar mit der Aufgabenstellung: Nutzen-Kosten-Vergleich von Trog und Tunnel unter besonderer Berücksichtigung der Luftschadstoffsituation in der Stadt Würzburg. Stadtrat Wolfgang Scheller hat nach dem Bürgerentscheid im April 2014 diesen Tunneldialog schon einmal beantragt. Aber damals war die Zeit dafür noch nicht reif.

Christiane Kerner und Hermann Wördehoff